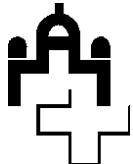


Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegli dals stadis



18.307 s Kt. Iv. VS. Aufstockung des Grenzwachtkorps

Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission vom 13. August 2018

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 13. August 2018 die vom Grossen Rat des Kantons Wallis am 26. März 2018 eingereichte Standesinitiative vorgeprüft.

Mit der Standesinitiative wird gefordert, dass das Grenzwachtkorps personell aufgestockt und materiell zeitgemäss ausgerüstet wird.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 9 zu 4 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.
Eine Minderheit (Fournier, Hêche, Minder, Savary) beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Dittli

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Josef Dittli

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Kanton Wallis reicht eine Standesinitiative ein, wonach die Bundesbehörden dringend ersucht werden, das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann.

Beim Grenzwachtkorps ist kein Personalabbau, sondern eine personelle Aufstockung mit materiell zeitgemässer Ausrüstung und Infrastruktur vorzunehmen, damit das GWK die wachsenden Herausforderungen heute und in Zukunft im Bereich seiner Zoll- und Sicherheitsaufgaben sowie der illegalen Migration zufriedenstellend erfüllen kann.

1.2 Begründung

Der Kanton Wallis grenzt sowohl an Italien wie auch an Frankreich. Entsprechend kommt dem Schutz der Landesgrenze in unserem Kanton eine besondere Bedeutung zu. Vorwegzunehmen ist, dass gleichlautende Standesinitiativen wie die vorliegende in den Grenzkantonen St. Gallen (mit 66 zu 11 Stimmen) sowie Graubünden (mit 104 zu 0 Stimmen) mit Unterstützung der jeweiligen Regierungen von den kantonalen Parlamenten gutgeheissen und dem Bund überwiesen wurden. Im Tessin sind zurzeit gleiche Bestrebungen im Gang. Insbesondere der Gebirgskanton Graubünden hat aufgrund seiner topographischen Ähnlichkeit im Bereich des Grenzschutzes praktisch die gleichen Bedürfnisse wie das Wallis.

Neben den kantonalen Polizeikorps kommt dem eidgenössischen Grenzwachtkorps (GWK) eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Kriminaltourismus sowie der illegalen Migration und somit bei der Gewährleistung der Sicherheit in der Schweiz zu. Durch die massive Zunahme der illegalen Einwanderung in den letzten Jahren werden die Mitarbeitenden des Grenzwachtkorps in den meisten Regionen der Schweiz an ihre Belastungsgrenze gebracht.

Der Bundeshaushalt rechnet in den nächsten Jahren mit einem hohen strukturellen Defizit. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 stehen Einsparungen in der Grössenordnung von rund 60 Millionen Franken pro Jahr an. Über die nächsten zwei Jahre werden diese zu einem Abbau von rund 500 bis 700 Stellen über zwei Jahre führen. Die Massnahmen beim Bundespersonal werden in der Regel durch die Departemente linear umgesetzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit muss ein Teil der Einsparungen im Bereich der inneren Sicherheit realisiert werden. Damit rückt auch das GWK in den Fokus eines Personalabbau. Dies zu einem Zeitpunkt, in welchem die Migrationsströme aus dem Süden zunehmen, die Lage im Nahen Osten fragil ist, Terroranschläge zum Alltag werden, die grenzüberschreitende Kriminalität nicht abreisst und das Bedürfnis nach Sicherheit in der Bevölkerung wächst.

Aus diesen Gründen darf beim GWK nicht weiter Personal abgebaut werden. Vielmehr müssen beim GWK neue Stellen für die bisherigen Kernaufgaben unter Berücksichtigung der steigenden Risiken und einer sich ständig ändernden Lage geschaffen werden. Auf einen weiteren Ausbau zu verzichten, wäre daher im Sinne des Grenzschutzes und unserer Landessicherheit fahrlässig und könnte sehr schnell zu prekären Zuständen führen. Einsparungen beim GWK können schnell hohe Folgekosten im Bereich der Migration nach sich ziehen. Aus Walliser Sicht wird gefordert, dass bei der Zuteilung der Ressourcen insbesondere auch die geografischen Gegebenheiten angemessen berücksichtigt werden.



2 Erwägungen der Kommission

Im Vorfeld ihres Entscheides hörte die Kommission eine Delegation des Kantons Wallis sowie die Leitungen der Oberzolldirektion und des GWK an. Sie behandelte die vorliegende Initiative zudem zusammen mit der Standesinitiative des Kantons Graubünden [17.318](#), die weitgehend deckungsgleich ist. Weiter befasst sich die Kommission unabhängig von eingereichten Vorstössen regelmässig mit der Lage der Grenze und der Frage der Personalbestände.

Die Kommissionsmehrheit kommt nach den Erläuterungen der Vertretungen der Oberzolldirektion und des GWK anders als die Initiantinnen und Initianten zum Schluss, dass das GWK dank der in den vergangenen Jahren getroffenen Massnahmen seine Aufgaben zufriedenstellend erfüllen kann. Dazu gehören insbesondere eine bereits erfolgte Personalaufstockung (siehe Kapitel 8.2 des [Berichtes](#) des Bundesrates in Erfüllung des Postulates [16.3005](#) für eine Darstellung der Entwicklung der Bestände), die Modernisierung der technischen Hilfsmittel der Grenzwächterinnen und Grenzwächter, die Anpassung des Einsatzkonzeptes sowie die Verwendung von Mitteln der Armee. Weiter obliege es der Exekutive und den Verantwortlichen der Oberzolldirektion und des GWK Aufstockungsanträge zu stellen, sofern dies als nötig erachtet würde. Aus diesen Gründen sieht die Kommissionsmehrheit zum jetzigen Zeitpunkt keinen Handlungsbedarf im Sinne der Standesinitiative, und sie beantragt, dieser keine Folge zu geben.

Die Kommissionsminderheit argumentiert hingegen, dass die vorliegende Standesinitiative vernünftige und massvolle Anliegen vorbringt. Die Initiative versucht nicht vorzuschreiben, um wie viele Personen das GWK aufgestockt werden solle, sondern fordert lediglich einen nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation angemessenen Personalbestand sowie eine materiell zeitgemäss Ausrüstung. Aus diesen Gründen beantragt sie, der Initiative Folge zu geben.